

Herbert Behrens

Mitglied des Deutschen Bundestages



Dr. Lukrezia Jochimsen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kathrin Senger-Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Petra Sitte

Mitglied des Deutschen Bundestages

Halina Wawzyniak

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 17. Oktober 2012

Gesetzentwurf 10 Jahre Urhebervertragsrecht – DIE LINKE antwortet ihren Kritikern

Zu unserem [Entwurf](#) einer Überarbeitung des Urhebervertragsrechts anlässlich von dessen zehnjährigem Jubiläum haben uns zahlreiche Änderungsvorschläge erreicht. Wir haben den Entwurf überarbeitet und einiges aufgenommen, anderes nicht. Beides möchten wir hier begründen.

Zunächst unser Vorschlag zu einem Verbot von Total-Buyout-Verträgen: Unser Ansatz, umfassende Rechteübertragungen möglichst zu verbieten, stieß gleich mehrfach auf Kritik. Thomas Stadler bemerkte, der Urheber habe „nicht unbedingt ein Interesse daran, dass der Gesetzgeber seine Gestaltungsmöglichkeiten beschränkt. Es kann durchaus auch aus Sicht des Urhebers den Wunsch geben, sein Werk praktisch vollständig zu veräußern, solange er dafür nur angemessen bezahlt wird. Vorrangig muss es also darum gehen, den Urhebern für eine Rechtseinräumung tatsächlich ein in jedem Fall angemessenes Entgelt zu sichern, weshalb man auch unmittelbar an diesem Punkt ansetzen sollte.“ (vgl. hierzu und weiteren Zitaten von Stadler [seinen Blogeintrag](#))

Auch der Verband freischreiber äußerte in einer schriftlichen Stellungnahme Zweifel, „dass die Begrenzung der Rechtsabtretung auf einzelne Nutzungsrechte [...] eine deutliche Verbesserung der Buyout-Praxis für freie Journalisten bedeuten würde. Wir freien Journalisten erleben jetzt schon, dass ein ‚Total Buyout‘ dadurch umgangen wird, dass in Verträgen zahlreiche einzelne Nutzungsrechte aufgezählt werden, die dann mit einem Pauschalhonorar abgegolten wurden. Das ist dann strenggenommen kein ‚total‘, aber eben immer noch ein weitgehender Buyout, der sich für die Betroffenen wie ‚Total Buyout‘ anfühlt. Aufgrund der strukturellen Ungleichheit zwischen Urhebern und Verwertern wird es auch mit der neu vorgeschlagenen Formulierung bei solchen Verträgen bleiben.“

Ähnlich äußerten sich auch Vertreter des djv im persönlichen Gespräch mit Petra Sitte und Halina Wawzyniak. Sie brachten zudem ein, dass es nützlich wäre, eine Vorschrift zu haben, die sicherstellt, dass die Übertragung von Nutzungsrechten sich nach dem Zweck des Vertrags richtet. So könne verhindert werden, dass Verwerter sich alle möglichen Rechte einräumen lassen, die sie in Wirklichkeit gar nicht nutzen.

Dieser Kritik tragen wir mit einer Neuformulierung von § 31 Absatz 5 und 7 Rechnung. Absatz 5 schreibt eine Zweckbindung ausdrücklich fest. Absatz 7 stellt sicher, dass ein Pauschalhonorar zwar weiterhin möglich bleibt, aber dem Umfang der Nutzung angemessen sein muss.

Cay Wesnigk von der AG Dokumentarfilm hat uns im Rahmen eines Treffens mit der Urheberrechts-Arbeitsgruppe des Internet und Gesellschaft Collaboratory darauf hingewiesen, dass die Übertragung von Nutzungsrechten nicht in Allgemeinen Geschäftsbedingungen möglich sein sollte. Das haben wir in §34 ergänzt.

Besonderes Kopferbrechen hat uns eine Zuschrift des Literaturübersetzers Peter Robert bereitet. Robert kritisiert, vereinfacht ausgedrückt, dass die angemessene Vergütung im Urheberrecht immer nur nach der Nutzung berechnet werde. Ein Buch zu übersetzen, sei jedoch eine Auftragsarbeit, die auch dann angemessen vergütet werden müsse, wenn es sich hinterher nicht gut verkaufe. Er meint deshalb, man dürfe den Anspruch auf „angemessene Vergütung“ nicht auf eine „angemessene Beteiligung“ an den Erlösen verkürzen, sondern müsse sicherstellen, dass das Urheberrecht Kreativen ihre Existenz sichere und dass ihre Leistung angemessen bezahlt würde.

Wir schlagen in unserer neuen Entwurfsfassung eine Ergänzung des in §11 formulierten Leitbilds der Sicherung einer angemessenen Vergütung vor. Dort soll nun stehen, dass diese nicht nur „für die Nutzung des Werkes“, sondern auch „für die Einräumung von Nutzungsrechten“ geschuldet ist. Zudem haben wir in §32 UrhG, wo der Begriff der „angemessenen Vergütung“ definiert wird, ergänzt, dass dabei „der Leistungsaufwand des Urhebers sowie aus der Nutzung resultierende Gewinne und andere Vorteile des Nutzers“ einzubeziehen sind. Damit dürfte klarer sein, dass die Angemessenheit der Vergütung nicht allein nach Absatzzahlen zu bemessen ist. In Absatz 3 haben wir jetzt auch die Nichtzulassungsbeschwerde noch erwähnt, einem Hinweis des djv folgend.

Besonders viele Diskussionen gab es erwartungsgemäß um die §§ 32 und 36. Als erster hat sich der Verleger Christian Fehling [auf iRights.info](http://iRights.info) mit unseren Regelungsvorschlägen intensiv auseinandergesetzt. Fehling ist der Meinung, man müsse vor allem Urheber und Verwerter an den Verhandlungstisch bringen. Damit stimmen wir völlig überein. Er kommt dann aber zum Schluss, das eigentliche Problem mit den Vergütungsregeln, die nach §36 UrhG zwischen Urhebern und Verwertern ausgehandelt werden sollen, bestehe darin, dass das Ergebnis des gesetzlich vorgesehenen Schlichtungsverfahrens nicht verbindlich sei.

Es ist zwar richtig, dass die Unverbindlichkeit der Schlichtung ein Manko ist. Fakt ist jedoch, dass es innerhalb der zehn Jahre, die das Stärkungsgesetz nun in Kraft ist, nicht einen einzigen Fall gegeben hat, in der der Abschluss einer Vergütungsregel daran gescheitert wäre, dass das Ergebnis der Schlichtung von einer der streitenden Parteien nicht akzeptiert worden wäre. Im Gegenteil, es ist in den allermeisten Branchen von vornherein gar nicht erst zu Verhandlungen gekommen, weil die Verwerterverbände sich diesen mit fadenscheinigen Argumenten entzogen haben. Etwa, indem sie behaupteten, sie seien zum Führen solcher Verhandlungen nicht ermächtigt. Die Literaturübersetzer können davon ebenso ein Lied singen wie die Filmemacher. Wenn aber schon gar keine Verhandlungen stattfinden, dann ist die Frage nach der Verbindlichkeit des Ergebnisses sekundär.

In einem anderen Punkt sind wir eher geneigt, Fehling zuzustimmen: Es muss in der Tat nicht unbedingt das Justizministerium sein, dass am Ende entscheidet, wenn sich kein Verhandlungspartner findet oder keine Regelung zustande kommt. Auch die freischreiber haben dies kritisiert: „Die Diskussion um das Leistungsschutzrecht hat gezeigt, wie leicht eine Einflussnahme von Lobbyisten auf das Ministerium möglich ist. Hier scheint uns nicht gewährleistet, dass die Interessen aller Parteien gewahrt bleiben.“ Das lassen wir an dieser Stelle mal unkommentiert stehen und schlagen nun stattdessen eine Neuformulierung vor, auf die uns wiederum Peter Robert gebracht hat. Ihr zufolge soll das Justizministerium in einem solchen Fall einen Verhandlungspartner benennen, der anstelle der Verwerterverbände mit den Vertretern der Urheber verhandelt. Uns geht es vor allem darum sicherzustellen, dass bei Vergütungsverhandlungen am Ende auch wirklich ein Ergebnis herauskommt.

Außerdem haben wir sowohl in §32 als auch in §36 UrhG eine Verbandsklagebefugnis aufgenommen. Diese Forderung wurde von fast allen erhoben, mit denen wir in den letzten Monaten über den Entwurf diskutiert haben. Das Problem ist nämlich, dass Urheber ihren Anspruch auf angemessene Vergütung derzeit nur durchsetzen können, wenn sie ihre Auftraggeber vor Gericht verklagen. Das trauen sie sich meist nicht, weil sie dann von den betreffenden Unternehmen nie wieder einen Auftrag bekommen – und angesichts der zunehmenden Konzentration im Medienwesen kann das ganz schön bitter sein. Es wäre also besser, wenn ein Berufsverband solche Ansprüche zugunsten der Urheber geltend machen könnten. Damit reagieren wir im Fall von §36 („Anwendung gemeinsamer Vergütungsregeln“) auch auf die an uns herangetragene Kritik, wir würden uns nicht um die bessere Durchsetzung von Vergütungsregeln kümmern.

Wir geben freimütig zu, dass wir uns am Anfang schlicht nicht getraut haben, eine solche Regelung vorzuschlagen, weil Juristen schnell rote Ohren kriegen, wenn sie das Wort „Verbandsklage“ hören. Wenn man damit in einem Bereich anfängt, kommen plötzlich alle möglichen Verbände an und wollen ein Klagerecht, meinen sie. Dann kommen die Gerichte zu nichts anderem mehr. Wir glauben aber, dass es sich begründen lässt, im Bereich der angemessenen Vergütung für Urheber eine Ausnahme zu machen: weil das Konstrukt der gemeinsamen Vergütungsregeln ja schon vom Grundgedanken her kollektiv gedacht ist. Es sollte sozusagen eine Analogie zu Tarifverträgen sein, wie sie in den siebziger Jahren im Medienbereich üblich waren.

Insofern liegt es nahe, dass es möglich sein sollte, solche Ansprüche auch kollektiv durchzusetzen. Und dass zwischen Urhebern und Verwertern ein starkes Verhandlungsungleichgewicht besteht, lässt sich kaum bestreiten. Allerdings halten wir es auch nicht für undenkbar, dass Berufsverbände die Anwendung gemeinsamer Vergütungsregeln auch heute schon gerichtlich durchsetzen könnten – etwa mit einer wettbewerbsrechtlichen Klage.

Last, not least schlagen wir im Rahmen unserer Überarbeitung nun auch einen neuen §63a vor, der ausdrücklich regelt, dass gesetzliche Vergütungsansprüche nicht abgetreten werden können. Das bedeutet, dass die Geräteabgabe, die von Verwertungsgesellschaften verwaltet wird, zukünftig zu 100% den Urhebern zukommen muss. Bislang werden auch die Verwerter daran beteiligt, mit 30-50%. Das ist aber europarechtswidrig, wie der Europäische Gerichtshof unlängst festgestellt hat (C-277/10). Folglich muss der Paragraph sowieso geändert werden, also erledigen wir das gleich mit.

Interessant ist vielleicht auch, was wir nicht geändert haben bzw. welche Kritik wir nicht aufgegriffen haben. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen können. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kurz ein paar Punkte: Aus dem Kreis der Urheberrechtsarbeitsgruppe des Internet & Gesellschaft Collaboratory gab es die Anregung, wir sollten für Schadensersatzforderungen von Verwertern gegenüber Urhebern eine Streitwertdeckelung einführen, ähnlich wie beim Filesharing. In der Diskussion stellte sich dann heraus, dass das Problem wohl vor allem bei solchen Urhebern besteht, die keine schriftlichen Verträge abschließen. Wir haben darüber nachgedacht, sind aber zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht zum Kern des Urhebervertragsrecht gehört. Dieses soll ja gerade ordentliche Vertragsverhandlungen regeln.. Es ist ansonsten grundsätzlich empfehlenswert, schriftliche Verträge zu schließen, damit es hinterher keinen Streit gibt.

Freischreiber und auch Peter Robert hatten uns ferner vorgeschlagen, dass die angemessene Vergütung sich in irgendeiner Weise am Einkommen von Festangestellten orientieren sollte. Das klingt zwar gut, ist aber in Bezug auf das Urheberrecht nicht zu machen. Denn da geht es immer um die Vergütung einer erfolgten Nutzung. Damit stellen wir nicht in Abrede, dass es sinnvoll ist, tarifliche Regelungen für Festangestellte bei der Honorierung von Freiberuflern zur Orientierung heranzuziehen, sofern es sie denn in den jeweiligen Sparten gibt. Wie wir alle wissen, nimmt die Anzahl von Festangestellten im Kulturbereich generell kontinuierlich ab. In vielen Sparten ist die Mehrzahl schon heute freiberuflich oder selbständig tätig, sodass es kaum Orientierungswerte für die Festlegung der Höhe der Vergütung für die verschiedenen Leistungen gibt. Darüber hinaus sind wir auch bei öffentlich finanzierten Einrichtungen zunehmend mit dem Problem konfrontiert, dass die Tarife wegen Finanznot der Einrichtungen außer Kraft gesetzt werden, so z.B. im Theaterbereich durch Haustarifverträge. Das kann aus unserer Sicht kein Dauerzustand sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Einrichtungen auskömmlich finanziert werden und die tariflichen Regelungen eingehalten werden. Die Realität sieht aber derzeit anders aus.

Peter Robert hatte auch vorgeschlagen, dass Angemessenheit so definiert werden sollte, dass sie dem Urheber seine wirtschaftliche Existenz sichert. Auch das ist problematisch, weil Freiberufler und selbständige Kreative anders als Festangestellte ihr Einkommen aus unterschiedlichen Quellen mit verschiedenen Tätigkeiten und Leistungen erzielen. Wir als LINKE wollen, dass Künstler von ihrer Arbeit leben können, dass sie in der Summe der Honorare oder Erlöse für den Verkauf ihrer Werke, oder den Einnahmen aus der urheberrechtlichen Verwertung ihrer Werke genügend zum Leben haben - als Minimum. Der Maßstab für die Vergütung einer spezifischen Leistung kann aber nicht die Existenzsicherung insgesamt sein.

Last, not least: Thomas Stadler meint, es wäre besser, wenn der Anspruch auf angemessene Vergütung ein gesetzlicher wäre, wie im ursprünglichen „Professorenentwurf“ vorgesehen, statt ein Vertragsanpassungsanspruch. Unser Gesetzentwurf bleibe dahinter zurück. Das aber würde im Zweifelsfall heißen, dass nicht die Urheber selbst, sondern Verwertungsgesellschaften mit den Verwertern über das vertragliche Honorar der Urheber verhandeln müssten. Leider hat Stadler sich nicht konkreter dazu geäußert, wie das praktisch funktionieren soll. Wir werden uns mit konkreten Vorschlägen dazu gern näher befassen, sind aber skeptisch, ob das wirklich eine praktikable Lösung ist.

Wir bedanken uns bei allen, die uns mit Kommentaren und Anregungen weitergeholfen haben und hoffen, dass Ihr Euch auch in Zukunft an der Diskussion beteiligen werdet. Denn die fängt ja jetzt erst an: Unsere Fraktion hat den überarbeiteten Gesetzentwurf am 16.10.2012 beschlossen. Jetzt fangen wir an, mit den anderen Parteien darüber zu diskutieren.